

SYSTEMRELEVANT 106

Sollten Mineralölkonzerne als Profiteure der Energiekrise zur Kasse gebeten werden? Sebastian Dullien erläutert die Vor- und Nachteile sowie die Hintergründe zur Übergewinnsteuer.

Marco Herack:

Heut ist Donnerstag, der 16. Juni 2022. Willkommen zur 106. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK, bei der Hans-Böckler-Stiftung. Ja, Sebastian, hast du schon nachgeschaut, ob du von der Übergewinnsteuer betroffen sein wirst?

Sebastian Dullien:

Na ja, ich meine, wir haben ja noch überhaupt keinen konkreten Vorschlag, wie das aussehen sollte. Und da ich jetzt auch kein Unternehmen bin, was irgendwie Sachen mit irgendwelchen Margen verkauft, vermute ich, dass ich davon unbehelligt bleiben würde.

Marco Herack:

Okay. Also du bist auch keiner derer, die jetzt noch irgendwie vor einem Jahr oder vor zwei Jahren, als der Ölpreis so niedrig war, Öl gebunkert haben, um es dann teuerstmöglich in den Markt reinzuverkaufen, also jetzt.

Sebastian Dullien:

Nein. Ich habe auch keine Derivate und keine sonstigen Dinge damit getan, also gehandelt. Von daher, ich bin da völlig unverfänglich.

Marco Herack:

Okay.

Sebastian Dullien:

Und natürlich deshalb völlig neutral.

Marco Herack:

Ja natürlich. Gut. Vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter erreichen @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden. Und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr Twitter nutzt, dann findet ihr Sebastian dort als @SDullien, also Sebastian Dullien. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute über diese ominöse Übergewinnsteuer unterhalten. Die einfachste Frage gleich zu Beginn, Sebastian: Was ist denn eine Übergewinnsteuer?

Sebastian Dullien:

Na ja, da fängt es ja schon fast an, weil wir müssen uns überlegen, was wir als

einen Übergewinn definieren und was nicht. Im Englischen gibt es ja diesen Windfall-Profit. Und jetzt ist so ein bisschen die Frage, ob wir Übergewinn als das definieren, wenn ein Unternehmen jetzt eine besonders starke Rendite für irgendwas erwirtschaftet, auf irgendwas erwirtschaftet oder auf die eigene Wirtschaftstätigkeit erwirtschaftet oder ob wir sagen, in dem Begriff Windfall ist ja eigentlich drin, dass es etwas ist, was völlig unerwartet ist und man dann quasi unverdienterweise einen Übergewinn erwirtschaftet. Und ich glaube, je nachdem wie man das jetzt definiert und was man sagt, was eigentlich der Übergewinn ist, um den es hier geht, kommt man dann auch zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen für die Besteuerung.

Marco Herack:

Also die hiesige Debatte hat sich ja an, ich würde mal sagen, zwei Punkten festgemacht. Einmal Unternehmen, die scheinbar durch den Kriegsausbruch in der Ukraine Geld verdienen. Ich glaube, es gab auch vorher schon die Diskussion bei Unternehmen, die mit Corona-Schutzausrüstung Geld verdient. Will ich nicht verhehlen. Aber da ist das noch so gedämpft geblieben. Das war aber jetzt der eine aktuelle Hauptpunkt. Und der zweite aktuelle Hauptpunkt war der Tankrabatt, bei dem viele wohl den Eindruck haben, dass die Ölunternehmen oder Tankstellen, je nachdem wo man da ansetzen will, diesen vom Staat initiierten Tankrabatt nicht komplett weitergeben.

Sebastian Dullien:

Genau.

Marco Herack:

Würdest du dem zustimmen?

Sebastian Dullien:

Dem würde ich im Grunde zustimmen und da zeigt sich ja auch schon so ein bisschen die Frage, gibt es Übergewinne, die einen ökonomischen Sinn haben und gibt es welche, die den nicht haben in dem Maße. Und wenn wir jetzt über Corona-Schutzkleidung oder da kannst du ja auch sagen über Impfstoffe reden, weil da gibt es dann ja auch in dem Sinne Übergewinne, weil die Impfstoffe ja sehr hohe Gewinne dann gemacht haben. Da ist das schon was anderes, als wenn die Mineralölkonzerne irgendwo in der Wertschöpfungskette jetzt höhere Gewinne machen wegen anhaltender Nachfrage für Benzin – das ist ja gar nicht so wahnsinnig hoch – und dann gefallen im Angebot und Knappheiten. Und zwar der Unterschied ist ja folgender: Bei der einen Sache, also bei der Frage, wenn es um Schutzkleidung geht oder um Impfstoffe oder vielleicht dann auch um Rüstungsgüter und die Rüstungsunternehmen jetzt größere Gewinne machen, dann machen die ja größere Gewinne, weil sie irgendeinen gesellschaftlich gewünschten oder über die Marktsignale angegebene Nachfrage durch Zusatzproduktion und Zusatzinvestitionen bedienen. Und bei der Maskenproduktion, wir hatten am Anfang kaum Masken, kaum hochwertige Masken, keine FFP2-Masken. Und da wurde dann eben relativ schnell von einigen die Produktion hochgefahren und die haben dann auch alles Mögliche gemacht, auch keine Kosten gescheut und die da am ersten und schnellsten waren, die haben eben dann Übergewinne gemacht und haben besonders hohe Gewinne gemacht. Oder wenn jetzt Rheinmetall anfängt und

mehr Panzer baut, weil die Bundesregierung sagt, wir sollen mehr Panzer haben, dann wird da Produktion ausgeweitet und dafür gibt es Gewinne. Das ist aber was anderes aus meiner Sicht, als wenn da eine Verknappung im Angebot irgendwo stattfindet und deshalb Mineralölkonzerne, die jetzt dafür weder vorgesorgt haben noch jetzt irgendwie größere Mühen haben, dass die einfach einen höheren Preis nehmen. Und weil der zweite Fall hat, eigentlich keinen großen, also die Gewinne haben keinen großen ökonomischen Sinn und Zweck. Das Preissignal hat schon einen Sinn und Zweck, damit bei so Knappheiten die Leute weniger verbrauchen, aber diese Gewinne sind an der Stelle dann tatsächlich Windfall-Profits, die sind eigentlich leistungsfrei, ohne dass da ein richtiger sinnvoller ökonomischer Anreiz steht und sie verteilen eben um. Und das wäre aus meiner Sicht eigentlich die Profite, wo wir vor allem drauf gucken müssten, wenn wir besteuern wollen.

Marco Herack:

Die Rüstungsindustrie ist ja eigentlich ein ganz gutes Beispiel. Der wurde ja eigentlich auch vorher schon vorgeworfen, also vor Kriegsausbruch, dass sie aufgrund ihrer Beziehung zur Bundeswehr und Co. und ein Haufen unsinniger Projekte, die da gemacht wurden, eigentlich schon Gewinne erzielt, die sie eigentlich gar nicht hätte erzielen sollen und die auch viel zu hoch sind. Zeigt das nicht auch, dass das eine sehr politische Debatte ist, die sehr stark von den eigenen politischen Ansichten auch geprägt ist oftmals?

Sebastian Dullien:

Ja und nein. Also natürlich, jetzt die reine Definition, was ein Übergewinn ist, ob man den besteuern sollte, das hängt natürlich sehr stark damit zusammen, einmal mit Setzungen, wie man verteilungspolitisch vielleicht hat, aber auch Ideen, was man denkt, was eigentlich eine gerechte Einkommensgenerierung in einer Marktwirtschaft ist. Und jetzt kommt die zweite Frage, dass Leute, die eigentlich pazifistisch eingestellt sind und schon eh immer ein Misstrauen gegenüber der Rüstungsindustrie hatten, dass die das nicht gut finden, das ist dann noch mal so eine andere Nummer. Ehrlich gesagt müssen wir auch eingestehen, dass es auch Übergewinne gibt bei alten EEG-Anlagen. Also die sind jetzt abgeschrieben, plötzlich ist der Strom viel, viel teurer und zum Teil sind da auch jetzt Altbetreiber, die auch ziemlich gute Gewinne machen. Interessanterweise wird das ja kaum diskutiert, sondern wir diskutieren über die Mineralölkonzerne, aber nicht darüber, dass da bei diesen erneuerbaren Energien auch durchaus zum Teil solche Windfall-Profits anfallen. Also von daher, du hast schon recht, die Debatte, da vermischt sich so ein bisschen Normatives und Ökonomisches und dann auch Rechtliches am Ende.

Marco Herack:

Ich habe das vor allen Dingen deswegen auch gefragt, weil darin natürlich auch so eine gewisse Gefahr liegt, dass wenn die Politik dann sagt, okay, wir fangen jetzt mit einer Übergewinnbesteuerung an, dass man dann, ja, genau eben in dieses Weg vom Ökonomischen rein in dieses Politische rutscht und dort, na ja, dann auch wieder einen Flurschaden anrichtet.

Sebastian Dullien:

Ja, das ist natürlich die Frage, was ist der Flurschaden. Also wenn ich jetzt

feststelle, dass die Mineralölkonzerne nach dem Weltmarktpreis für Rohöl irgendwo Windfall- und Extra-Profite abgegriffen haben und ich finde, eine Art, wie ich davon einen Teil wieder sozialisiere, also dem Staat zuführe, dann muss man sicher die Frage stellen, ist das ein Problem, auch wenn das eine politische Entscheidung war oder ist das nicht vielleicht gut und sinnvoll.

Marco Herack:

Okay. Aber bei der EEG-Anlage wäre es ja vielleicht sogar gewünscht, dass man sagt, die Leute sollen da investieren, ja, vielleicht auch mit dem Hintergedanken, na ja, wenn das irgendwann mal abgeschrieben ist und dann ist vielleicht eine gute Situation, dann habe ich auf einmal einen ordentlichen Gewinn, dann mache ich das doch jetzt und das kommt dann natürlich auch noch der Umwelt zugute. Also da wäre es ja dann wieder in unserem Beispiel erwünscht – Klammer auf, ich weiß nicht, jeder ist dafür, Klammer zu.

Sebastian Dullien:

Die spannende Frage ist hier, ist das, was wir jetzt hier sehen mit dem Ukraine-Krieg und dem massiven Anstieg der Strompreise, ist das etwas, was die Leute vor 20 oder 25 Jahren, als sie die jetzt abgeschriebenen Windkraftanlagen gebaut haben vielleicht, ob sie das mit irgendwie in ihre Wahrscheinlichkeitsverteilung mit aufgenommen haben oder auch aufnehmen würden. Oder ist das so weit weg und die Wahrscheinlichkeit so gering, dass das eh diese Kalkulation nicht beeinflusst. Das ist im Grunde, ich glaube, empirisch können wir das auch schlecht dann belegen. Aber, na ja, ich weiß nicht, ob irgendjemand damit gerechnet hat, dass die Strompreise jetzt im Jahr 2022 nicht so sind, wie sie sind. Also ob jemand zur Jahrtausendwende das irgendwie auch nur mit einer relevanten Wahrscheinlichkeit so gesehen hat. Wenn das nicht so ist, dann ist es egal, ob ich jetzt da die Windfall-Profits besteuere oder nicht. Und wenn das natürlich relevant ist, dann dürfte ich eben an diese Windfall-Profits nicht dran gehen.

Marco Herack:

Dann ist ja die grundsätzliche Frage, also gehen wir mal davon aus, die Politik entscheidet sich dafür und sagt, okay, also wir machen jetzt eine Übergewinnsteuer. Und dann ist ja die Frage, wie definiert man diese und wie berechnet man diese. Nicht 100 Prozent des Gewinns, der da am Ende in dieser Jahresabschlussbilanz von so einem Konzern steht, der ist ja diesem Übergewinn jetzt zuzurechnen. Sondern das ist ja nur ein Teil, oder?

Sebastian Dullien:

Ja klar. Und das ist jetzt die Frage, wie genau und komplex ich das machen möchte. Also wenn ich das jetzt über die ganze Wirtschaft für alle Branchen machen wollen würde, da können wir gleich drüber reden, wie sinnvoll das ist, dann könnte ich natürlich sagen, ja, also die zehn Jahre davor hattest du auf das eingesetzte Eigenkapital eine Rendite von 6 Prozent und jetzt hast du plötzlich eine Rendite von 20 Prozent. Und dann besteuere ich halt das, was darüber hinausgeht noch mal extra. Also ich mein, man muss ja sagen, diese 20 Prozent würden dann ja auch schon besteuert über die normale Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer, aber dann würde man eben in dem Fall sagen, das halten wir für extra Profite und das besteuern wir noch mal extra. Das kann man machen. Das ist natürlich dann

einerseits komplex. Man kann dann auch anfangen, bestimmte Dinge über Abschreibung, Rückstellung und so weiter in verschiedene Jahre zu schieben. Also da haben wir wahrscheinlich eine ganz schöne Steuergestaltung. Eine Alternative ist natürlich, dass ich sektorspezifisch drangehe. Das haben die Italiener zum Beispiel gemacht. Die haben geguckt, wo ist die Wertschöpfung bei bestimmten Energieunternehmen, wie hat sie sich verändert. Und da haben sie eigentlich im Grunde geguckt, wie verändern sich die Absätze minus der Einkäufe und darauf wird dann einfach eine Steuer gelegt. man könnte auch was machen, also die Briten, die hatten mal eine Übergewinnsteuer in den 90er Jahren, Ende der 90er Jahre für Staatsunternehmen, die unter Thatcher privatisiert worden sind. Und da hat Gordon Brown damals gesagt, na ja, also wer findet, dass die zu günstig privatisiert worden sind, und hat dann eben im Nachhinein einfach noch eine Steuer auf die draufgesetzt. Da mussten halt die Unternehmen, ja, noch einen Ausgleich bezahlen. Und wenn man es so pauschalisiert, könnte man ja auch sagen, man geht jetzt am Ende des Jahres hin, man guckt sich an, wie haben sich die Margen zum Beispiel in den Raffinerien verändert und dann setze ich einfach eine Steuer im Nachhinein. Also ökonomisch ist das besonders effizient, wenn ich im Nachhinein so eine Übergewinnsteuer mache, weil dann können die Unternehmen auch ihr Verhalten nicht mehr anpassen. Und dann sage ich einfach, ja, wenn die Marge bei den Raffinerien sich jetzt meinetwegen 10 Cent vergrößert hat beim Benzin und beim Diesel, dann muss einfach 5 Prozent pro Liter, was in dem Jahr verkauft worden ist, muss dann einfach abgeführt werden. Und das wäre dann eine pauschalisierte Steuer, eine sehr einfache Steuer. Wir können nachher diskutieren, inwieweit das alles rechtlich machbar ist, aber hier sieht man schon, da gibt es verschiedene Ansätze, wo man dann ... die sind zum Teil fairer, zum Teil weniger fair. Die Sachen, die fairer sind, haben wahrscheinlich dann einen größeren Verwaltungsaufwand und mehr Möglichkeiten, das Ganze zu umgehen.

Marco Herack:

Okay, das war jetzt sehr passgenau auf die Situation. Wenn man so ein ziemlich klares Feld hat, eine ziemlich klare Situation, dann ist es recht einfach, Übergewinne zu berechnen.

Sebastian Dullien:

Ja. Und ich meine, natürlich sonst könntest du auch hingehen und sagen, Übergewinne sind das, was eine Rendite über einer bestimmten Schwelle ist. Nur da habe ich dann immer das Problem, mit was vergleiche ich es eigentlich. Vergleiche ich es mit der Branche insgesamt, dann sind die Unternehmen, die besonders gut geführt sind, werden bestraft. Oder vergleiche ich das mit den Vorjahren, dann habe ich immer das Problem, dass wenn jemand sich jetzt verbessert hat oder eine schlechte Zeit davor hatte, dann zahlt er eben mehr Steuern. Also es ist ... ganz trivial ist das natürlich alles nicht hier.

Marco Herack:

Und diese Übergewinne, werden die dann zu 100 Prozent besteuert?

Sebastian Dullien:

Also die Vorschläge, die es jetzt gibt, sie nie zu 100 Prozent. Also auch wenn man die Briten sich anguckt, die ja auch so eine spezielle Steuer für die Ölförderung oder

die Energieförderung in der Nordsee hatten, natürlich wird das nicht mit 100 Prozent besteuert, sondern das ist einfach dann noch mal ein zusätzlicher Steuersatz. Und alles, was ich jetzt gesehen habe, waren auch Vorschläge zu sagen, also oberhalb von so einer Schwelle, dann ist einfach der Steuersatz höher. Das heißt, man würde in so einer Art Progressivität in die Körperschaftssteuer einführen. Also Progressivität heißt, dass die, die mehr verdienen, auch einen höheren prozentualen Steuersatz zahlen. Das ist ja das, was wir in der Einkommenssteuer auch kennen.

Marco Herack:

Ja, da gibt es ja dann zwei Strategien, die die Unternehmen fahren könnten. Einerseits Abschreibungen einfach mal machen, also alle, die man findet, um so die Gewinne dann niedrig zu halten oder möglichst niedrig zu halten. Oder sie sagen einfach, ah ja, okay, wenn ich da jetzt nur, was weiß ich, 50 Prozent drauf zahlen muss auf den Übergewinn, ja, dann erhöhe ich einfach den Übergewinn.

Sebastian Dullien:

Ja, die Frage ist halt, inwieweit sie das dann auch können, weil dann müsste man sich ja schon fragen, warum haben die es nicht vorher gemacht. Wenn die jetzt die Marktmacht haben, um noch mal 20 Cent draufzulegen beim Benzinpreis zum Beispiel oder die Automobilhersteller noch mal 1.000 Euro bei ihren Autos draufzulegen, warum sollten die das bei einer Übergewinnsteuer machen, aber nicht machen, wenn es die Steuer nicht gibt. Das kommt mir jetzt nicht so richtig plausibel vor. Verstehst du? Ich meine, wenn du profitmaximierend bist, dann würdest du ja vorher schon sagen, dass du probierst, die Preise so zu setzen, dass du die größten Gewinne hast. Und ob du jetzt auf die Gewinne eine Steuer setzt, sollte da weniger Unterschied machen.

Marco Herack:

Ja gut, wenn du sie hintendran machst, so wie du das vorhin gesagt hast, dann ist ja die Möglichkeit, drauf zu reagieren, eh sehr beschränkt in dieser Hinsicht zumindest. Wenn ich aber jetzt als Ölunternehmen die Diskussion so verfolge und dann irgendwie sehe, ja, die sind irgendwie alle dabei, jetzt zu sagen, es gibt 50 Prozent auf Übergewinn und ich weiß, dass der Markt so funktioniert, dass wenn ich meine Preise hochsetze, die Konkurrenz sie auch hochsetzt, weil das halt ... ist keine Absprache, sondern der Markt ist einfach so transparent, dass man ...

Sebastian Dullien:

Zufällig sieht man das, was der andere macht und dann ...

Marco Herack:

Genau.

Sebastian Dullien:

... braucht man gar keine Absprache, sondern es ist einfach so. Hat man sich so dran gewöhnt, das so zu machen.

Marco Herack:

Genau. Ja, dann denke ich mir, na ja, also wenn die mir da 50 Prozent wieder

wegnehmen wollen von dem, was ich jetzt haben will, dann setze ich das einfach weiter hoch.

Sebastian Dullien:

Nein, ich bin mir da nicht so sicher, weil warum hättest du das dann nicht vorher gemacht.

Marco Herack:

Du hast es schon angesprochen: die Rechtslage. Ist die klar? Also ist das sicher, dass man das einfach machen kann?

Sebastian Dullien:

Also sagen wir so, es gibt Papier vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Da sind durchaus jetzt Möglichkeiten aufgezeigt, wie man es machen kann. Ansonsten gibt es natürlich eine ganze Reihe von potenziellen Problemen. Das erste Problem ist, dass das Grundgesetz, da gab es ein Urteil zu der Kernbrennstoffsteuer, die die Bundesregierung mal versucht hat einzuführen. Und da hat das Verfassungsgericht gesagt, der Bund darf nicht einfach eine Steuer erfinden. Sondern es muss eine Steuer sein, die im Grunde schon in der Steuerverfassung der Bundesrepublik irgendwie dargestellt wird. Das ist so das erste Problem. Da ist natürlich jetzt Körperschaftssteuer drin. Das heißt, wenn man irgendwie das so in den Tarif, in die Körperschaftssteuer einbaut, sollte das möglich sein, denke ich. Meine Erfahrung ist ohnehin mit Juristen, dass wenn man die eine Seite fragt, die sagt immer, geht alles überhaupt gar nicht, und wenn man dann andere Juristen fragt, die sagen, doch, das geht über A, B und C. Und oft geht es dann auch tatsächlich. Also wenn man das dann vernünftig, konsistent und ein bisschen kreativ begründet, wenn man das so sehen würde, gäbe es durchaus Möglichkeiten, glaube ich, in unserem Grundgesetz, weil da sind auch so Sachen drin wie Ausgleichsabgaben für den Lastenausgleich. Und jetzt könnte man natürlich sich hinstellen und sagen, wir machen hier einen neuen Lastenausgleich und das ist eine Ausgleichsabgabe. Möglicherweise. Wie gesagt, ich bin kein Jurist, das müsste jemand anderes sich dann genauer angucken. Und da sind ja auch Abgaben für die Europäische Union drin. Das heißt, man könnte natürlich auch überlegen, ob man das auf EU-Ebene, gerade wenn es um Übergewinn von Raffinerien oder so was geht, über die EU-Ebene macht. Das ist dann alles komplizierter, aber das heißt, da gibt es durchaus Möglichkeiten. Es gibt noch ein paar andere Fußangeln. Es gibt noch den Grundsatz der Gleichbehandlung im Grundgesetz. Da steht eben drin das, was grundsätzlich gleich ist, nicht ungleich behandelt werden darf. Daraus wird auch so ein Leistungsfähigkeitsprinzip abgeleitet. Das heißt, dass die Besteuerung sich an der Leistungsfähigkeit orientieren muss. Ich selber würde da jetzt auch nicht unbedingt die Hindernisse sehen, wenn man so eine Mineralölsteuer oder Mineralölkonzerne extra besteuert, weil Mineralölkonzerne sind aus meiner Sicht einfach nicht das Gleiche wie IT-Unternehmen. Ich glaube, das kann man auch sehr schön darstellen, insbesondere in der aktuellen Situation. Darum hätte ich da jetzt Hoffnung, dass man das auch irgendwie sinnvoll begründen kann. Das letzte Problem ist die Frage der Rückwirkung. Also man darf keine rückwirkenden Steuergesetze in Deutschland machen. Jetzt ist die Frage, ja, wenn man innerhalb des laufenden Veranlagungszeitraums – also das ist ja für die Körperschaftssteuer normalerweise

das Kalenderjahr – was ändert, dann gilt das oft trotzdem vom 1. Januar. Und das ist dann die Frage, ob so was dann zulässig ist. Und das ist alles wirklich rechtlich nicht einfach. Nur ich finde, man muss die Fragen trennen. Man muss eigentlich zuerst fragen, will ich das gesellschaftlich und ökonomisch. Dann muss man gucken, wie man es ökonomisch, wie das vernünftig umsetzbar wäre. Und als dritten Schritt muss man dann gucken, wie kann ich es rechtlich umsetzen. Und wenn man jetzt wirklich der Meinung ist, gesellschaftlich brauchst du irgendwie so was, dann kann man natürlich auch über eine Grundgesetzänderung nachdenken. Wir ändern das Grundgesetz auch für andere Sachen dauernd. Wir haben gerade noch mal wieder das Sondervermögen für die Bundeswehr da reingeschrieben. In der Finanzverfassung, wenn es drum geht, beim Föderalismus über die Kooperation im Bildungsbereich, da ist jetzt alle paar Jahre irgendwie was hin und her geändert worden. Also das ist nicht so, dass da alles, was im Grundgesetz steht, eine Ewigkeitspflicht hat. Und darum, wenn man diese Diskussion macht, sollte man das vernünftig abschichten.

Marco Herack:

Es klingt auf alle Fälle so, als ob das zu langwierigen Rechtsstreits führen wird am Ende, oder?

Sebastian Dullien:

Das war sehr schön. Auf Twitter, da hast du ja den Klaus Seipp von den Grünen. Der hat da getwittert, also der macht ja auch Steuerpolitik für die. Der hat gesagt, eigentlich jede größere Änderung im Steuerrecht hat immer das Risiko, dass es da langwierige Rechtsstreits bis zum Verfassungsgericht gibt. Und nur das soll jetzt kein Grund sein, warum man so was nicht angeht. Und ich möchte einmal erinnern, also auch diese Cum-Ex-Geschichte, Cum-Ex war das, wo über das Verkaufen von Aktien und Zurückverkaufen, um den Ausschüttungszeitpunkt von Dividenden, man sich zweimal die gezahlte Steuer zurückerstatten lassen konnte, das hat ja auch ewige Rechtsstreitigkeiten darüber gegeben, auch das Verfolgen davon und das Einbinden dieser Möglichkeiten. Und das ist aus meiner Sicht jetzt nicht unbedingt ein Argument, das nicht zu machen.

Marco Herack:

Ich frage das ja deswegen, weil diese ganze Debatte sich ja jetzt unglücklicherweise an dem Tankrabatt entzündet. Und der Tankrabatt ist ja schlichtweg einfach schlechtes politisches Handwerk. Das hätte man einfach nicht machen brauchen. Und die Übergewinnsteuer würde ja auch nur dazu führen, dass der Staat ein Instrument schafft, um den Benzinpreis für die Bürger zu senken, die Unternehmen aber das nicht zulassen, sondern das Geld zumindest teilweise versuchen, in ihre eigene Kasse umzulenken und das wiederum wird besteuert und geht an den Staat zurück und so verfehlt man ja auch das ganze Ziel, den Bürger zu entlasten. Heute machen wir ein Riesenbohei mit Grundgesetz und vor Bundesverfassungsgericht, statt einfach diesen Blödsinn abzuschaffen.

Sebastian Dullien:

Ja. Sagen wir mal so, die Diskussion um Übergewinnsteuern geht ja weiter. Die ist ja nicht nur jetzt um diesen Tankrabatt. Sie hat sich darüber entzündet, aber trotzdem, ich meine, wenn wir das jetzt mal durchdeklinieren, dann ist das Ergebnis

natürlich schon ein anderes. Wenn wir jetzt sagen würden, der Tankrabatt ist gemacht worden und der ist zum Teil weitergegeben worden, der andere Teil ist bei den Konzernen als Übergewinn gelandet und jetzt steuere ich diesen Übergewinn wieder weg, dann habe ich natürlich im Vergleich zu der Situation, wo ich das gar nicht gemacht hätte, habe ich schon eine gewisse Entlastung der Autofahrerinnen und Autofahrer. Also das, was du vorhergesagt hast, das gilt nur, wenn du unter Bürgerinnen und Bürger auch gleichzeitig die Mineralölkonzerne mit zusammenfasst. Also ich will jetzt auch den Benzinrabatt nicht verteidigen, aber die Debatte ist da eine weitere und die Debatte hat natürlich schon auch noch andere Dimensionen. Also zum Beispiel haben einige jetzt auch die Automobilindustrie genannt für Übergewinne. Und was man in der Automobilindustrie sieht, ist tatsächlich etwas, wo man sich fragt, ob diese Art der Gewinne sinnvoll ökonomisch, sinnvoll und gerechtfertigt sind. Weil was da passiert ist, ist, die haben ihre Lieferketten so aufgebaut, dass die eigentlich, ja, in Probleme laufen, insbesondere bei der Halbleiterbeschaffung. Als sie in Probleme gelaufen sind, haben sie, weil das allen parallel mehr oder weniger so gegangen ist, haben sie eben angefangen, die Produktion von kleinen Autos, günstigen Autos einzuschränken und nur noch die teuren zu verkaufen. Die haben die Rabatte gestrichen und haben halt so plötzlich eine Angebotsverknappung gehabt und haben die Margen erhöht. Weil sie gleichzeitig noch die Beschäftigten in Kurzarbeit schicken konnten, haben die dicke Profite eingefahren. So und das ist wieder so ein Fall, wo du sagen würdest, na ja, also dass die auf die Art und Weise Gewinne machen, hat nun wirklich keinen ökonomischen positiven Lenkungseffekt. Normalerweise ist ja, wenn du in der ökonomischen Theorie sagst, wenn da Übergewinne drin sind, dann kommt irgendjemand anderes, steigt in den Markt ein und bietet dann diese Produkte an und die Gewinne werden wieder wegkonkurriert. Nur in so einem Markt wie der Automobilindustrie, wie ...

Marco Herack:

Nein, nein, Sebastian. Dann kriege ich, ich kriege eine Dividende dann und die Dividende reinvestiere ich in Kapitalerhöhungen in diesem Markt und schaffe so neue Unternehmen.

Sebastian Dullien:

Genau. Und zwischendurch ...

Marco Herack:

So wird es behauptet.

Sebastian Dullien:

... hat das Ganze die Inflation ... Aber ja. Ja, genau. So, vielleicht. Aber auch das ist ja nicht was, was jetzt irgendwie kurzfristig was ändert an der Halbleiterknappheit oder so was. Das sind jetzt so die Beispiele, wo wirklich man dann die Frage stellt, irgendwie ist dieses Verhalten schon nicht das, was man eigentlich als Marktergebnis gerne hätte und was kann man da machen. Und da wird dann eben über diese Übergewinnsteuer diskutiert.

Marco Herack:

Es ist ja auch so eine kleine Debatte entbrannt, wie Märkte eigentlich so

funktionieren sollten. Und da gibt es ja dann durchaus Leute, die sich auf den Standpunkt stellen und sagen, na ja, also ein funktionierender Markt würde eigentlich dazu führen, dass kaum Gewinne entstehen, weil halt eine starke Konkurrenz herrscht.

Sebastian Dullien:

Das ist ja das Modell, was man normalerweise auch im ersten Semester lernt bei VWL. Da hast du einen perfekten Markt mit vollständiger Konkurrenz, nennt sich das. Da hast du ganz, ganz viele kleine Anbieter. Jeder weiß um die Nachfrage, jeder weiß alles in dem Markt, kennt die Preise, kennt die Mengen und man hat einen freien Markteintritt. Und das heißt, wenn da Gewinne sind, dann tritt halt irgendjemand anderes in den Markt ein und konkurriert die Gewinne quasi weg, also bietet ein bisschen günstiger an. Und das heißt, wir haben eigentlich in diesem Markt keine Übergewinne. Das Einzige, was da rauskommt, ist dann im Grunde dein Unternehmerlohn, normaler Unternehmerlohn und irgendwie die Kapitalverzinsung, vielleicht noch ein Risikoprämie. Nun in der Realität sehen ganz wenig Märkte so aus. Sondern wir haben eigentlich ganz viele Märkte, wo du große Konzerne oder Unternehmen hast, die marktbeherrschend sind. Also Automobilindustrie ist ja so ein Beispiel. Es gibt überhaupt nicht viele unabhängige Automobilkonzerne. Also Volkswagen ist ja auch riesig und hat ganz viele Marken da drin. Und für andere gilt das auch. Und das heißt, dass da auch das Verhalten der Unternehmen anders ist, aber auch genau diese Frage des Markteintritts. Du kannst einfach sowohl in den Raffineriemarkt als auch den Automobilmarkt kannst du ja überhaupt nicht kurzfristig einsteigen oder auch mittelfristig nicht. Es dauert, das ist wirklich eine langfristige Geschichte.

Marco Herack:

Sehen wir jetzt an vielen chinesischen Unternehmen, die Elektroautos bauen und versuchen, das in eine Skalierung reinzukriegen. Also da sieht man ja sehr genau, wie schwierig es ist, in diese Märkte reinzukommen.

Sebastian Dullien:

Ja und das ist jetzt auch keine neue Sache. Also diese chinesischen Unternehmen mit Elektroautos, ich glaube, ich war schon vor zehn Jahren auf einer Delegationsreise in China, wo wir uns diese Fabriken angeguckt haben und trotzdem ... also klar, das wächst irgendwie, aber es ist halt immer noch nicht da, wo du sagen kannst, na ja, die haben jetzt da die Marktmacht der anderen gebrochen.

Marco Herack:

Okay, also das ist eine schöne Theorie, aber in der Praxis stellt sich es meistens anders dar.

Sebastian Dullien:

Genau und das ist, glaube ich, das Problem, dass wir da in der Praxis andere, ja, einfach viel, viel vermachtetere Märkte haben, als das so das Grundmodell aus dem Lehrbuch uns sagt.

Marco Herack:

Gut. Deswegen hat Robert Habeck ja vielleicht die Idee gehabt und gesagt, ich

konzentriere mich jetzt gar nicht so sehr auf die Übergewinnsteuer, sondern ich beginne einfach meine Lieblingsidee, die ich ja schon im Februar mal ausformuliert hatte in einem Zehn-Punkte-Plan. Versuche ich jetzt dadurch voranzutreiben, nämlich ich reformiere einfach das Kartellrecht.

Sebastian Dullien:

Ja genau. Das hat er vorgeschlagen. Und man muss sich jetzt fragen, warum er es vorgeschlagen hat. Möglicherweise weil Kartellrecht eben in seinen Aufgabenbereich fällt und Steuerrecht eben nicht. Das ja jetzt auch bei der Übergewinnsteuer, je nachdem wie man sie jetzt macht, wenn es eine richtige Windfall-Tax ist, also dann wäre es ja eine einmalige Sache. Und die Vorschläge, die er zum Kartellrecht macht, sind eben schon langfristig strukturelle Dinge und, ich glaube, durchaus vernünftig und sinnvoll.

Marco Herack:

Und da drin liegt aber auch die Drohung gegenüber Unternehmen, die Übergewinne erzielen, dass wenn das zu übergewinnig ist, man dann auch mal so ein Unternehmen aufbrechen könnte.

Sebastian Dullien:

Er schlägt ja verschiedene Sachen vor. Also er schlägt ja einerseits vor, dass man leichter Gewinne, die aus Marktmacht entstehen, abschöpfen kann, können soll. Da sind inzwischen heutzutage die Hürden sehr, sehr hoch drüber – für, meine ich. Also man muss jetzt nachweisen, dass da irgendwie ein Missbrauch der Marktmacht war und das ist einfach wahnsinnig schwierig. Und da ist halt die Idee, künftig zu sagen, na ja, also bestimmte Monopolisten haben eine Marktmacht und vielleicht soll man da leichter drankommen. Und Ultima Ratio eben, dass auch das Aufbrechen von Unternehmen, auch wenn sie die Marktmacht nicht unbedingt missbraucht haben. das ist ja die ganze Debatte. Wir hatten das ja schon mal bei Microsoft oder bei Google oder bei solchen Konzernen, die, ja, ich glaube, man kann sich schon einigen, dass diese Konzerne in bestimmten Fällen ihre Marktmacht missbraucht haben oder auch missbrauchen. Jetzt ist die Frage, was ist Missbrauch und was ist einfach nur Gebrauchen der Marktmacht. Aber Google hat ja auf dem Werbemarkt eine Marktmacht, dass die da eine wahnsinnige Rendite erwirtschaften, womit sie alle möglichen anderen Sachen entwickeln können, aber auch tatsächlich den Aktionären und den Beschäftigten sehr, sehr gute, die einfach sehr, sehr gut bezahlen. Und da ist jetzt die Frage, ist das schon Missbrauch oder einfach nur normale Gewinnabschöpfung. Und also, wenn man so einen Fall hätte, dann wird ja jetzt hier gesagt, ja, man kann auch dann über Zerschlagung in manchen Fällen nachdenken.

Marco Herack:

Ja und damit wäre natürlich gleichzeitig so eine implizite Kommunikation gen Unternehmen, okay, ihr wollt da eure Übergewinne machen, aber macht mal nicht zu viel, überreizt das mal nicht, diese Karte.

Sebastian Dullien:

Ich glaube, das ist eher sinnvoll, so was auch im Raum stehen zu haben. Denn diese Übergewinne sind schon zunehmend ein Problem. Also wenn wir uns auch

angucken, es ist ja nicht so, dass alle Unternehmen zurzeit Mehrgewinne machen, sondern das ist sehr, sehr konzentriert und auch strukturell, selbst vor der Covid-Krise hat man halt gesehen, dass viele Unternehmen eigentlich nicht so wahnsinnig gute Gewinne machen, aber einige große machen dann eben Mehrgewinne und die nutzen das eben auch dann ganz massiv, einfach um, ja, zum Teil auch dann wieder den Wettbewerb zu beschränken. Also wenn man sich anguckt, was die großen Technologie-Konzerne wie Facebook oder so was, was die für Zukäufe machen, das sind jetzt nicht immer Zukäufe, die nur dazu beitragen, dass das Nutzererlebnis besser wird. Also wenn ich jetzt, ich denke jetzt einfach mal konkret zum Beispiel über WhatsApp und Facebook nach und Facebook hat ja WhatsApp gekauft, weil das ein konkurrierender Messenger Dienst war. Da gibt es eigentlich überhaupt keinen Grund für. Also für den Kunden und gesamtwirtschaftlich gibt es jetzt keinen Vorteil, dass das ein Unternehmen ist. Sondern im Grunde hat man einfach dann jetzt keine Ausweichmöglichkeit mehr. Und das sind so Sachen, da wäre es, glaube ich, schon gut, tatsächlich ein bisschen schärfere Instrumente in der Hand zu haben.

Marco Herack:

Das läuft auch so ein bisschen in diese Debatte rein, dass Gewinne inflationstreibend sein können. Unternehmensgewinne und Inflation wäre ja auch gerade ein Thema, über das wir sehr engagiert hier in Deutschland nachdenken. Wenn man es mal dabei belassen kann.

Sebastian Dullien:

Das kann man so sagen, genau.

Marco Herack:

Sebastian, dann, nachdem du das hier so schön aufgeschlüsselt hast für uns, ist ja die große Frage, bist du jetzt dafür oder dagegen? Musst du dich ja entscheiden.

Sebastian Dullien:

Es wird jetzt keine ganz klare Antwort sein. Also ich war ursprünglich eher skeptisch. Dann habe ich eine ganze Reihe von den Argumenten, vor allem von den Gegnern dafür gehört und die fand ich alle so derartig schwach, dass ich inzwischen eher, also weil das oft einfach Argumente sind, die im Grunde darum gehen, den Status quo zu verteidigen. Also auch so ein Argument, zu sagen, na ja, wenn ich jetzt so eine Übergewinnsteuer mache, dann zerstöre ich das Vertrauen in unser Steuersystem. Also wenn ich am Grundgesetz jetzt was deswegen ändere. Ja, das kommt mir dann schon ein bisschen komisch vor, weil jetzt – du hast mit Bettina ja auch, glaube ich, drüber gesprochen – unsere Erwerbstätigenbefragung, unsere ganzen Befragungen zeigen eigentlich, dass diese Art, die Situation, die wir jetzt haben, und ehrlich gesagt aus meiner Sicht auch der Benzinrabatt, dass die eigentlich das Vertrauen der breiten Bevölkerung in unsere Institutionen erschüttern. Also das ist ja ... man kann das natürlich ökonomisch immer irgendwie begründen. Aber hier ist der Staat hingegangen, der hat gesagt, ich möchte die Bürgerinnen, Bürger entlasten, hat das auch sehr klar kommuniziert, hat das auch den Mineralölkonzernen klar kommuniziert, weil die lesen ja auch die Zeitung, und am Ende sieht es so aus, als würden die sich die Taschen vollmachen. Ja und gleichzeitig wird dann die Schuldenbremse wieder eingeführt und man kann sich ja

jetzt schon angucken, wo da überall die Streichlisten rumlaufen fürs nächste. Und an der Stelle wird da von vielen Ökonominen, Ökonomen einfach der Status quo so quasi gesetzt und alles, was man daran ändert, ist dann immer ein Vertrauensverlust von den armen Investoren. Und das finde ich als Argument schon ein bisschen kurz gegriffen. Und von daher würde ich sagen, in dieser Situation, wenn man das jetzt auch gerade politisch will, dass man sagt, also die Schuldenbremse ist so ein wahnsinnig wichtiges Ziel und jetzt bei der konzertierten Aktion, die Olaf Scholz ja angestoßen hat, wird es drum gehen, wie stark jetzt auch Beschäftigte, Gewerkschaften probieren, den Kaufkraftverlust kurzfristig auszugleichen. Und gleichzeitig sagt man, na ja, also wir finden das gesellschaftlich okay, dass sich da einige Unternehmen die Taschen so voll machen, das finde ich einfach von der Kommunikation her komisch. Und darum würde ich sagen, man sollte schon jetzt an den Konzepten der Übergewinnsteuer weiterarbeiten und gucken, was man da vernünftig umsetzen kann. Wenn man es am Ende nicht hinbekommt, dann geht es eben nicht, aber das wäre schon, wenn man es richtig macht, eine sehr gerechte Steuer und ja auch eine ökonomisch effiziente Steuer. Man schafft, nur die unerwarteten Gewinne nachträglich zu besteuern. Dann habe ich eine Einnahme, ohne dass es da eine Verhaltensänderung gibt. Und das ist ja das, was wir Ökonomen eigentlich am liebsten haben.

Marco Herack:

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke, Marco, für die Moderation.

Marco Herack:

So, wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, wendet euch an uns: systemrelevant@boeckler.de ist die E-Mailadresse. Und ihr erreicht uns auf Twitter [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de). Und wenn ihr Sebastian noch etwas mitteilen möchtet über seine sozialistischen Gedanken, die her hier geäußert hat oder Ähnliches, dann könnt ihr das tun auf ...

Sebastian Dullien:

Na ja, also so ... ich würde ja sagen, wir sind da noch weit weg vom Sozialismus.

Marco Herack:

Ja, ich weiß, aber die Leute sind ja schon beim Kommunismus, den sie da ins Felde führen, der hier gerade am Ausbrechen ist. Daher sei mir der kleine Scherz erlaubt. Jedenfalls auf Twitter könnt ihr euch dann an Sebastian wenden. Das Twitter Handle ist [@SDullien](https://twitter.com/SDullien), also Sebastian Dullien. Euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Tschüss.